



Nein zum Energiegesetz

Regionalgruppen der AVES Schweiz mischen Abstimmungskampf auf

Bereits während der Unterschriftensammlung für das Referendum zum Energiegesetz zeigten die Regionalgruppen der AVES Schweiz vollen Einsatz. Mit aus ihren Kreisen beigebrachten Unterschriften sind die Regionalgruppen mitverantwortlich, dass sich das Schweizer Stimmvolk am 21. Mai 2017 überhaupt zur Energiezukunft äussern kann.

Nun mischen die Regionalgruppen der AVES Schweiz den Abstimmungskampf zum Energiegesetz auf. So organisierten bereits diverse Regionalgruppen Informationsveranstaltungen, andere haben solche für die nächsten Tage geplant. Auch mit Leserbriefen, Inseraten, Standaktionen, Vorträgen und weiteren

Aktionen setzen sich die Regionalgruppen gegen das Energiegesetz zur Wehr. Exemplarisch für dieses grosse Engagement steht die von der AVES Thurgau organisierte Informationsveranstaltung. Die Veranstaltung zog mehr als 300 interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer an (siehe nachfolgender Veranstaltungsbe-

richt). Dies verdeutlicht, dass die AVES Schweiz bzw. deren Regionalgruppen fähig sind, die Massen zu bewegen und eine gewichtigen Rolle im Meinungsbildungsprozess der Bevölkerung zu spielen. Die AVES ist in der Lage, sich eine Stimme zu verschaffen, die von der Bevölkerung auch gehört wird. Argumentationsstütze, aber auch zum Weiterschicken und Verteilen, erscheint dieses AVES-Bulletin in einer Abstimmungsausgabe. Denn aktuelle Meinungsumfragen zeigen: Die Abstimmung zum Energiegesetz wird knapp ausgehen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns noch einmal mit voller Energie und lauter Stimme in den Abstimmungskampf einbringen und möglichst viele Stimmberechtigte für ein Nein zum Energiegesetz am 21. Mai mobilisieren – jede Stimme zählt.

AVES Thurgau *Text: Armin Menzi*

Grosse Bühne für Albert Rösti vs. Gerhard Pfister

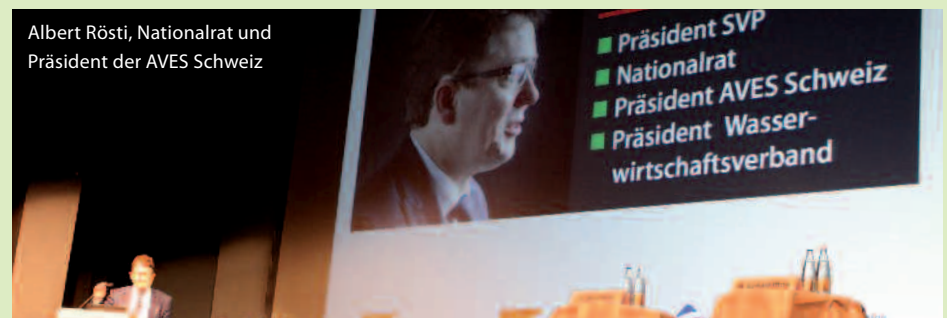
In Frauenfeld ist es unter den Fittichen der AVES Thurgau zum exklusiven Showdown zwischen Albert Rösti und Gerhard Pfister gekommen. Das hochstehende «Energie-Duell» zog das Publikum hüben und drüben in seinen Bann. Als «Sieger nach Punkten» ging Albert Rösti von der Bühne, derweil sich Gerhard Pfister über die Ja-Parole der Thurgauer CVP freuen durfte.

Mehr als 300 Männer und Frauen verfolgten das in den Medien breit angekündigte «Energie-Duell» zwischen Albert Rösti und Gerhard Pfister im Casino Frauenfeld, denn dieses direkte Aufeinandertreffen gab's sonst nirgendwo. Darum setzte sogar das Schweizer Fernsehen («10vor10») die lebhafteste Runde – mithin den wichtigsten Energie-Anlass des Thurgaus – ins Bild. Organisiert hatte den sprichwörtlich 'bühnenreifen' Anlass die Thurgauer Sektion der AVES gemeinsam mit der «Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft» (AWG) der CVP. Somit traten nicht nur die Parteipräsidenten von CVP und SVP, sondern auch die Präsidenten der Schweizer AVES und der Schweizer AWG aufeinander.

Thurgauer Parolen weichen von den schweizerischen ab

So bekamen beide – also Albert Rösti wie Gerhard Pfister – ihr Heimspiel: Zu den mehr als 120 CVP-Mitgliedern gesellten sich rund 70 SVP- sowie 60-FDP-Gäste. Zusätzlich lie-

ebenso die Nein-Parole herausgegeben wie die IHK, der Gewerbeverband, die AVES sowie – naheliegender Weise – die SVP. Für die Ja-Parole stehen im Thurgau die CVP, EVP, BDP, GLP, GP und SP.



Albert Rösti, Nationalrat und Präsident der AVES Schweiz

fernten auf der Vorbühne vier Experten ihre konkreten Einschätzungen zu wichtigen Fragen rund ums Energiegesetz ab: Christian Neuweiler, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Thurgau, Jolanda Eichenberger, CEO der EKT-Gruppe (Strombeschaffung und -handel), Daniel Eugster (FDP) als Vertreter des Gewerbeverbandes sowie der Effizienz-Experte Andreas Koch, Geschäftsführer des «Kompetenzzentrums für Erneuerbare Energiesysteme Thurgau» (keest). Im Thurgau hatten wenige Tage zuvor die FDP

Lebhaftige Debatte

Die Energiediskussion erlebte in Frauenfeld einen ersten Höhepunkt: die Besucherinnen und Besucher setzten sich beherzt für ihre Standpunkte ein. So vermisste etwa SVP-Ständerat Roland Eberle die innere Logik der Vorlage, weil sie nur Ziele und keine Massnahmen zur Erreichung nennt. Leidenschaftliche Aufrufe zum Atomausstieg hüben und mahnende Einwände gegen das teure Energiemonster drüben: Das Thema liess in Frauenfeld niemanden kalt.

Energiegesetz: Ändere nie ein erfolgreiches, funktionierendes System!



Die Schweiz hat eine bewährte, bezahlbare und sichere Energieversorgung mit Öl, Gas, Benzin, Strom und Holz. Diese soll mit dem neuen Energiegesetz, über welches wir im Mai abstimmen, komplett auf den Kopf gestellt werden.

Ohne Not sollen wir uns von unserer bewährten Energieversorgung, um die uns die Nachbarn stets beneiden, verabschieden und unsere Energie-Unabhängigkeit einer unsicheren Zukunft opfern. Mit einem Ja zum Energiegesetz gehen wir ein unnötig hohes Risiko ein, einen der wichtigsten Standortvorteile der Schweiz – nämlich zuverlässige und bezahlbare Energie – aufs Spiel zu setzen. Das muss nicht sein.

Ein «Anti-Autofahrer-Gesetz»

Was in der Debatte untergeht: Es geht beim Energiegesetz nicht nur um Strom. Das Energiegesetz ist vor allem ein «Anti-Autofahrer-Gesetz». Die Befürworter wollen davon ablenken, dass die Autofahrerinnen und Autofahrer einen Grossteil der verursachten Milliardenkosten und Einschränkungen tragen müssen.



Adrian Amstutz, Nationalrat SVP/BE

Autofahren wird mit der Energiestrategie des Bundes nicht nur verteuert, sondern auch eingeschränkt. Sonst sind die Ziele, den gesamten Energieverbrauch (Heizöl, Benzin, Gas usw.) in den nächsten 18 Jahren um 43 Prozent faktisch zu halbieren, gar nicht erreichbar. Mit einer Kontingentierung der Reisetätigkeit, Geschwindigkeitsreduktionen oder nur noch jeden zweiten Tag Autofahren muss gerechnet werden.

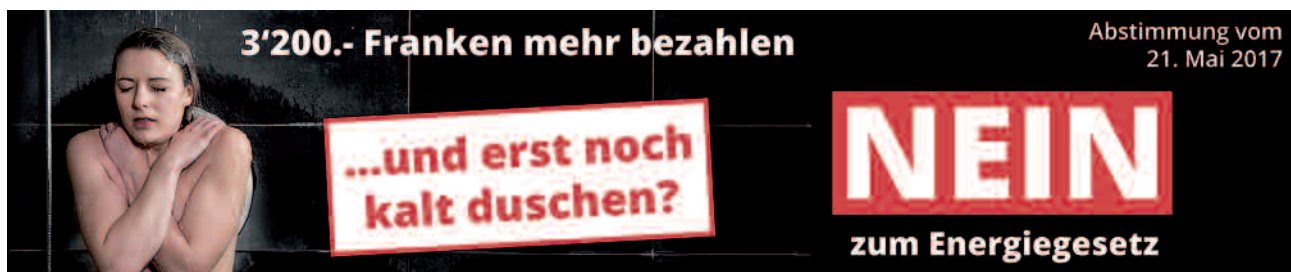
Gemäss dem Klima-Abkommen von Paris muss die Schweiz zudem ihren CO₂-Ausstoss bis 2030 (verglichen mit 1990) um 50 Prozent senken. Die Senkung der CO₂-Emissionen

bei Personwagen auf 95 g/km (aktuell 130 g/km) bis 2020 zeigen, in welche Richtung es geht. Die Automobilisten werden faktisch gezwungen, funktionierende Fahrzeuge vorzeitig zu ersetzen.

Autofahren wird zum Privileg der Reichen

Der Bund will Autofahrer dazu zwingen, auf schwächere Motoren oder den Öffentlichen Verkehr umzusteigen. Forderungen nach einer «Innenstadtmaut» und «Mobility Pricing» befinden sich bereits in der parlamentarischen Beratung. Die Auto-Fahrtkosten zur Arbeit können nicht mehr voll von den Steuern abgezogen werden. Und die im Zusammenhang mit dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds beschlossene Erhöhung der Mineralölsteuer um 4 Rappen wurde erst im Februar 2017 beschlossen. Der Literpreis für Diesel und Benzin wird mit der Energiestrategie 2050 um weitere 26 Rappen steigen.

Niemand ändert ein System, welches sich bewährt hat. Deshalb am 21. Mai 2017 Nein zum Energiegesetz stimmen.



Nein zum verheerenden Energiegesetz

Energie heisst Produktivität und Wohlstand

Heute steht uns gegenüber dem Mittelalter pro Kopf die zehnfache Energiemenge zur Verfügung. Dies bedeutet Wohlstand sowie ein gesünderes und längeres Leben. Die staatlich verordnete Senkung des Energieverbrauchs um über 40 Prozent wäre ein Rückschritt in eine Zeit von mehr schwerer körperlicher Arbeit und niedrigeren Einkommen. Mit der teuren Subventionierung von hässlichen Windkraft- und Fotovoltaik-Anlagen erzeugen wir genau dann mehr Strom, wenn er ohnehin im Überfluss vorhanden und daher am Markt nichts wert ist.

Subventionen dauern bis 2042

Die letzten Subventionen für diese Anlagen würden wohl 2022 gesprochen, aber sie dauern bis 2042. Die entsprechenden Speicherkapazitäten, die es bräuchte, um

Wind- und Sonnenenergie jederzeit nutzen zu können, gibt es aber nicht. Die unzähligen Anlagen für die Erzeugung dieser Art erneuerbarer Energie würden daher nicht nur zu einer kompletten Verschandelung der Schweiz führen, sie wären auch völlig unwirtschaftlich. Die grosse Stromversorgungslücke nach dem Ende der heutigen Kernkraftwerke kann aufgrund der schwankenden Verfügbarkeit von Wind- und Sonnenenergie also in keiner Weise geschlossen werden.

Kein Nutzen für das Weltklima

Auch dem Klima würde die massive und horrend teure Senkung unseres CO₂-Ausstosses nichts bringen, da wir nur 1 Promille des weltweiten Ausstosses verursachen. Wir müssen hier im Gleichschritt mit den grossen Verursachern gehen und nicht vorauslaufen. Die massive Umverteilung von Zahlern zu Empfängern von Lenkungsabgaben – denn das



Hermann Hess, Nationalrat FDP/TG

sind wohl nur in wenigen Fällen die gleichen – setzt eine riesige Bürokratie voraus und schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit. Denn für grosse Teile unserer Wirtschaft, mit Ausnahme von wenigen Profiteuren und ihrer Lobby, wäre die künstliche Verteuerung der Energie eine zusätzliche Last zum hohen Lohnniveau und zum Frankenkurs. Weil man das weiss, werden die grossen Energieverbraucher im Gesetz ausgenommen. Damit überträgt man die ganze Last auf die KMU und die privaten Haushalte – eine krasse Ungerechtigkeit.

Das Energiegesetz verfehlt das Ziel

Vor sechs Jahren hat der Bundesrat beschlossen, die Schweizer Energieversorgung fundamental umzubauen. Unter anderem soll der Strom aus Kernkraftwerken, welcher heute 38 Prozent zur gesamten Stromerzeugung beiträgt, durch einen massiven Ausbau der neuen erneuerbaren Energien und substanzielle Verbrauchsreduktionen ersetzt werden.

Energie, und insbesondere Strom, ist eine zentrale Ressource für den Industriestandort Schweiz. Trotz wiederholten Hinweisen der Wirtschaft über den gesamten politischen Prozess hinweg, hat es das Parlament nicht geschafft, eine realistische Vorlage für den Ersatz des wegfallenden Stroms zu erarbeiten. Drei gewichtige Punkte sprechen gegen das neue Energiegesetz:

1. Mit hoher Dringlichkeit stellt sich die Frage nach der künftigen Versorgungssicherheit mit Strom. Diese ist mittelfristig gefährdet. Die Schweizer Kernkraftwerke gehen schrittweise vom Netz. Damit entfallen Produktionskapazitäten im Umfang von 25 TWh. Selbst wenn die sehr ehrgeizigen Ausbau-

pläne der Energiestrategie erreicht werden, liefert die Produktion aus neuen erneuerbaren Energien im Jahr 2035 lediglich 11 TWh. Sie leistet somit weder betreffend Menge noch Qualität einen genügenden Beitrag an die Versorgungssicherheit. Strom aus Sonne und Wind hat zwei entscheidende Schwachstellen: Es gibt ihn nur, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht. Zudem kann er nicht saisonal gespeichert werden. Auch ein noch umfangreicherer Ausbau von Sonnen- und Windenergie würde das Problem nicht lösen. Das hat man im Januar 2017 in Deutschland eindrücklich gesehen: Sonne und Wind lieferten gerade einmal 2 Prozent des benötigten Stroms, obwohl die installierte Kapazität bei rund 25 Prozent liegt. Der Rest kam aus Kohlekraftwerken – CO₂ lässt grüssen.

2. Der Bundesrat geht davon aus, dass das Problem der saisonalen Speicherung in den nächsten Jahren gelöst sein wird. Das ist Wunschdenken. Innovation kann man nicht einfach bestellen. Fakt ist, dass aktuell keine geeignete saisonale Speichertechnologie



WIRTSCHAFTSKOMITEE gegen das Energiegesetz

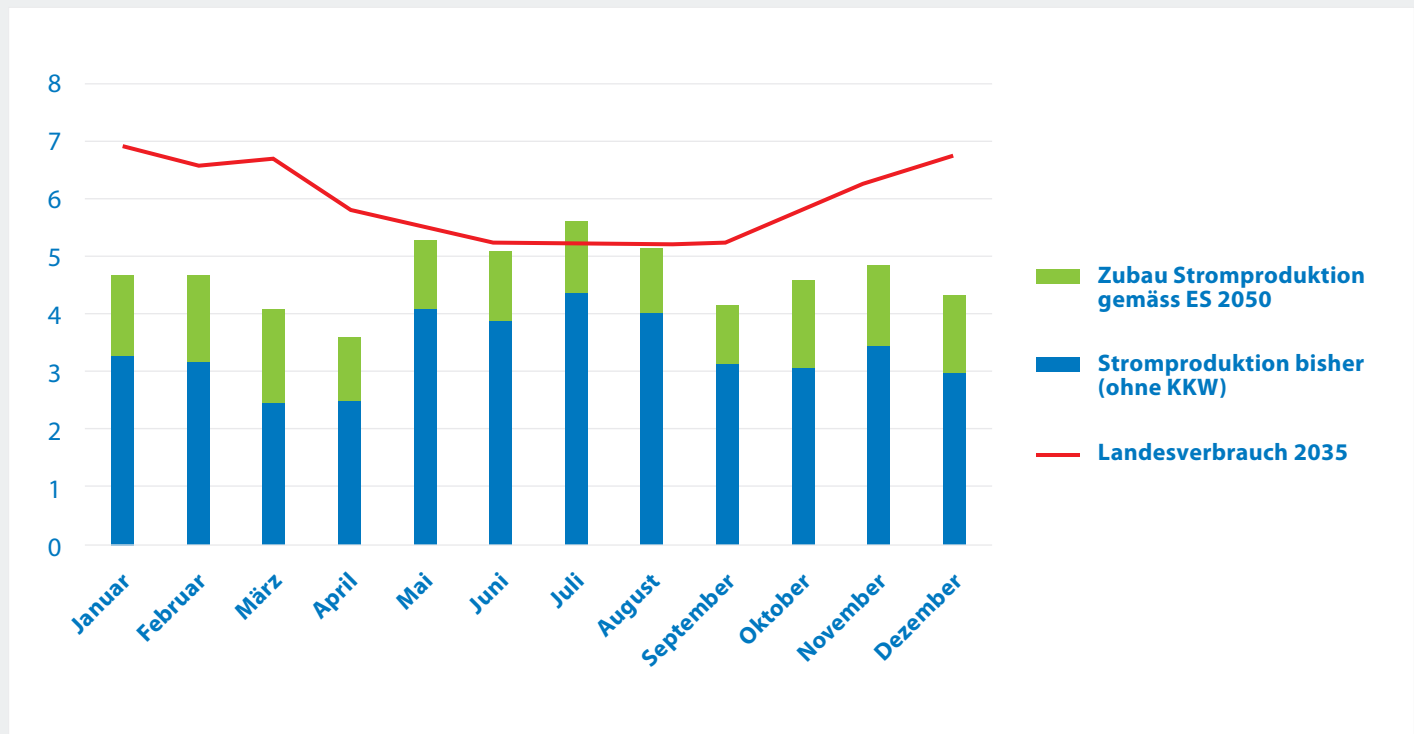
existiert, die in grossem Massstab wirtschaftlich betrieben werden kann. Wann dazu marktfähige Lösungen bereit stehen, lässt sich heute noch nicht abschätzen. Vor diesem Hintergrund ist es besonders bedenklich, dass die Energiestrategie keine zusätzlichen Anreize schafft, in die Entwicklung dieser Technologie zu investieren. Stattdessen subventioniert sie u.a. die Solarenergie mit Milliardenbeträgen, welche die sommerliche Stromschwemme zusätzlich vergrössert und die einheimische Wasserkraft weiter in die Verlustzone treibt.

Stromproduktion und -verbrauch 2035 (ohne KKW, mit Zubau gemäss ES 2050)

Die Daten des Bundesamtes für Energie zeigen, dass die inländische Produktion im Jahr 2035 den Bedarf an Strom nur etwa von Mai bis August decken können. Während rund acht Monaten muss die Schweiz den fehlenden Strom anders beschaffen. Dazu

gibt es im Moment nur zwei Möglichkeiten: aus Gaskraftwerken oder durch Stromimporte. Damit entpuppt sich die Energiestrategie 2050 als reine Importstrategie von Gas oder Strom. Allerdings zeichnet sich gemäss des Verbandes Europäischer Übertragungs-

netzbetreiber auch in den heutigen Stromexportländern in den Wintermonaten eine Mangellage ab. Bereits ab 2025 dürften Deutschland und Frankreich nicht mehr in der Lage sein, der Schweiz im Winter Strom zu liefern.



Landesverbrauch: Wachstum 0,5% / Jahr = Mittelwert der PSI Prognosen Energiespiegel 21 2012
 (Quelle: Daten Bundesamt für Energie, Energiestrategie 2050, Szenario neue Energiepolitik 1)

3. Das Energiegesetz enthält ehrgeizige Ziele zur Reduktion des Energie- und des Stromverbrauchs. Doch wie diese erreicht werden sollen, ist völlig unklar. Dem Stimmvolk wird damit die Katze im Sack verkauft. Nur eines ist sicher: Das Gesetz verpflichtet den Bundesrat aktiv zu werden, sollten die Verbrauchsziele nicht erreicht werden. Als Folge

droht eine Flut an neuen Regulierungen und Verboten. Planwirtschaft und Bürokratie sind das Resultat, welches den Wirtschaftsstandort Schweiz und die Exportwirtschaft massiv belasten wird. Das ist besonders ärgerlich, denn die Schweizer Industrie hat bewiesen, dass sie das Thema Energieeffizienz sehr ernst nimmt.

Das Energiegesetz ist voller Widersprüche und Wunschvorstellungen. Es setzt die falschen Prioritäten, führt zu einer Regulierungsflut und treibt die Kosten in die Höhe. Es verfehlt klar sein Ziel und hat deshalb an der Urne am 21. Mai 2017 ein deutliches NEIN verdient.

Andri Silberschmidt, Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Für ein Gesetz der Zukunft – Nein zu Subventionen und Verboten

Wenn man jung ist, darf man noch Träume haben. Man soll sogar Visionen haben dürfen, die sich nicht gleich verwirklichen lassen. Mit solchen Worten wurde einem stets Mut gemacht, wenn man etwas in Angriff genommen hat, das wohl zum Scheitern verurteilt worden war. Mit dem Energiegesetz lebt es sich ähnlich: Man träumt, hofft, und hat Visionen – und schreibt alles in ein Gesetz nieder, das so für die Zukunft nichts taugt.

Vor allem für Träumer und Visionäre lohnt es sich, ihre Pläne einem Realitätscheck zu unterziehen. Denn nur mit ein wenig mehr Sonne und Wind lässt sich nicht ein Drittel der Schweizer Energieproduktion ersetzen. Das Energiegesetz baut auf dem technologischen Stand von heute auf und orientiert sich an diesem über die nächsten dreissig Jahre bis ins Jahr 2050. Eine solche Planwirtschaft verhindert Chancen für uns Junge und hinterlässt uns wohlmöglich massive Mehrkosten, Verbote und Regulierungen.

Nein zu teuren Subventionen

Wir sind uns wohl alle einig, dass die Schweizer Kernkraftwerke ein Ablaufdatum haben und ein Neubau eines solchen ohne grossen technologischen Fortschritt nicht realisierbar ist. Dennoch, oder gerade deswegen, braucht es eine Strategie, die nicht einfach bestehende Stromerzeuger wie Sonne und Wind massiv subventioniert, sondern anpassungsfähig ist und dem Markt Platz lässt.

Subventionen haben ihren Preis, und diesen werden viele Mieter in der Schweiz schnell zu spüren bekommen. In Deutschland, wo die Politik die energiepolitische Wende vollzogen hat, steigen die Kosten für Strom jährlich an. Der breite Mittelstand beklagt sich, dass immer mehr vom Haushaltsgeld für Nebenkosten verwendet werden muss. Das sind Kosten, die gerade wir Jungen zu spüren bekommen, die in einer Mietwohnung leben. Diese Subventionsstrategie ist somit völlig kostenintransparent und bringt keine echte Wertschöpfung. Innovation entsteht durch Forschung



Andri Silberschmidt
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

und Entwicklung, nicht durch Vorschriften und Subventionen.

Ja zu mehr Markt

Mehr Markt in der Energielandschaft würde auch die Zukunftsaussichten von uns Jungen verbessern. Es würde in die Technologien investiert werden, welche in Zukunft am nachhaltigsten und günstigsten Energie produzieren würden. Wirtschaftliche Grundsätze wären dann die Grundlage für unsere energetische Zukunft, und nicht politische Trümerei. Das heutige Energiegesetz schenkt der technologischen Entwicklung kein Vertrauen. Es würde zu einer Importstrategie verkommen, wenn im Winter das Wetter schlecht ist. Ist das sinnvoll?

Was uns Jungen noch mehr Sorgen bereiten sollte, ist, dass der Staat uns vorschreiben will, für was wir wie viel Energie zu gebrauchen haben. Selbstverständlich können auch wir bewusst Energie brauchen, und zwar ohne Zwang. Es ist aber ein Armutszeugnis für die liberale Schweiz, wenn die Politik den Bürgern vorschreibt, wie viel Energie sie verbrauchen dürfen.

In Zukunft heisst es wohl: Zurück in die 60er Jahre! Das neue Gesetz gibt dem Bund über 80 neue Aufgaben, die letztendlich den Konsumenten einschränken können. Wohin dies

führen kann, haben wir in der Vergangenheit genug oft mitverfolgen dürfen. Was werden wohl die ersten Vorschriften sein, um unseren Konsum einzuschränken? Das Bundesamt wird leider auch hier seiner Kreativität freien Lauf lassen. Es ist der falsche Weg, wenn die Generation, welche in Freiheit und Verantwortung aufwachsen und leben durfte, meiner Generation nun vorschreibt, wie wir unser Leben zu gestalten haben.

Nein zu mehr Kosten und Verboten

Ein Energiegesetz, welches weder eine Lösung zur Reduktion des Gebrauchs von fossilen Energien, noch Versorgungssicherheit mit sich bringt, aber mehr Kosten und Verbote für alle verursacht, kann getrost abgelehnt werden. Auch meine Generation soll die Möglichkeit haben, dank einer günstigen und sicheren Energieversorgung Wohlstand zu erarbeiten. Das heute vorliegende Energiegesetz verspielt uns eine sichere Grundlage, weshalb es auch von grossen Teilen der Wirtschaft abgelehnt wird.

Ein Nein gibt uns allen die Chance, ohne Zeitdruck und mit Einbezug der Wissenschaft ein neues Gesetz zu erarbeiten, das sich auf ökonomische Grundsätze stützt und so mehr Chancen als Kosten bietet.

Energiegesetz – so nicht!

Das Komitee «Energiegesetz – so nicht!» lehnt das Energiegesetz entschieden ab. Übertriebene Subventionen verzerren den Markt und verdrängen die Wasserkraft. Das Energiegesetz führt zu einer Importstrategie. Das gefährdet die Versorgungssicherheit, schadet dem Klima und führt in die Planwirtschaft.

Gefährliche Importstrategie

Als Ersatz für die Wintermonate steht deutscher Kohlestrom bereit. Kohlestrom ist klima- und gesundheitsschädigend. Hinzu kommt, dass auch mit Importstrom die Versorgungssicherheit nicht gewährleistet werden kann. «Die Vorstellung, dass Stromimporte jederzeit möglich sind, ist falsch», betont FDP Nationalrat Bruno Pezzatti. Die Stromversorgung ist ein Echtzeitgeschäft mit äusserst begrenzten Speichermöglichkeiten. Es können keine Stromreserven angehäuft werden. Damit unterscheidet sich die Stromversorgung fundamental von anderen wichtigen Gütern wie Medikamente, Nahrung oder Erdöl.

Photovoltaik schadet der Wasserkraft und gefährdet die Netzstabilität

Die Sonne liefert vor allem im Sommer und am Mittag Strom, wenn bereits viel Strom vorhanden ist. In der Nacht und im Winter liefern Photovoltaikanlagen nichts oder fast nichts und gefährden deshalb die Stromver-

sorgungssicherheit. «Eine mit 30 Rappen pro kWh subventionierte Netzeinspeisung privater Photovoltaikanlagen schadet der Stabilität des Stromnetzes und der Wasserkraft», sagt Physikerin und Komitee-Mitglied Dr. Elisabeth Ruh. Gewaltige Beträge werden in unproduktive Energien gesteckt. Allein für Solarpanels entstehen Kosten von 20 Mia. Franken. Ein weiterer Zubau von Photovoltaik bringt im Winter nichts.

Energiegesetz verletzt die Bundesverfassung

Artikel 89 BV hält fest, dass sich Bund und Kantone für eine ausreichende, breit gefächerte, sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung einsetzen. Solange Photovoltaik und Windenergie aber nicht im notwendigen Umfang gespeichert werden können, kann der Stromverbrauch im Winter mit erneuerbaren Energien nicht gedeckt werden. «Das Energiegesetz muss abgelehnt werden, sonst steuert die Schweiz auf eine Strommangellage im Winter zu.

Energiegesetz-Abstimmung

- NEIN zu weniger Versorgungssicherheit!
- NEIN zu mehr importiertem Kohlestrom!
- NEIN zum Schaden an unserer Wasserkraft!
- NEIN zu marktfremden Subventionen!
- NEIN zu höheren Stromkosten!
- NEIN zur Belastung von Mietern und KMU!
- NEIN zur Verschandelung der Landschaft!
- NEIN zu unrealistischen Sparzwängen!
- NEIN zur teuren Regulierungsflut!
- NEIN zur Mogelpackung Energiegesetz!

Das Energiegesetz macht die Energieversorgung nicht sicher, sondern unsicher!

Das Energiegesetz macht den Strom nicht sauber, sondern unsauber!

Das Energiegesetz ist ein unschweizerisches Flickwerk!

Deshalb NEIN am 21. Mai 2017

www.energiegesetz-so-nicht.ch



Gemäss Bundesamt für Bevölkerungsschutz ist dies das derzeit grösste Risiko, das der Schweiz drohen kann», warnt Nationalrat Bruno Pezzatti.

Auch die Jungfreisinnigen setzen sich im Komitee «Energiegesetz – so nicht!» ein. «Wirtschaftliche Entwicklungen, Veränderungen von Grösse und Struktur der Bevölkerung und der technische Fortschritt werden mit dem geplanten Energiegesetz nicht berücksichtigt» sagt Matthias P.A. Müller, Vizepräsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Es ist fahrlässig, schon heute festlegen zu wollen, auf welche Art und wie viel Strom 2050 produziert werden soll. Mit dem Energiegesetz wird eine teure, bürokratische Subventionswirtschaft geschaffen, welche die Stromversorgung nicht sicherstellen kann.

Was kommt nach einem «NEIN»?

Ein NEIN zum Energiegesetz bietet die Chance, eine bessere und nachhaltigere Energiepolitik zu entwickeln. Diese muss vor allem die Versorgungsfrage angehen und zeigen, wie die Stromversorgung in den Wintermonaten mittel- und langfristig sichergestellt werden kann.

Es braucht einen Plan für den Bau von Anlagen für die Grundversorgung. Welche Grosskraftwerke das sind – Gaskraftwerke (vgl. Botschaft zum 1. Massnahmenpaket Energiestrategie 2050), andere thermische Kraftwerke oder weitere grosse Wasserkraftwerke – muss diskutiert, entschieden und vorbereitet werden. Zudem müssen Themen, welche das Energiegesetz nicht behandelt, wie der Stromnetzausbau und neue Stromimportverträge angepackt werden.

Weiter braucht es ein neues Geschäftsmodell für die Wasserkraft, anstelle der «Pflasterlipolitik» des Energiegesetzes. Dies hat ja nun auch die UREK-N eingesehen und einen Grundversorgungsbeitrag ins Spiel gebracht. Das alles kann nur geschehen, wenn die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zum Energiegesetz NEIN sagen.

Für Mitglieder des Vereins AVES Schweiz ist das Abonnement in der Mitgliedschaft enthalten.

Präsident
Dr. Albert Röstli, Nationalrat, Uetendorf BE

Vizepräsident
lic. iur. Konrad Studerus, Edlibach ZG

Vorstandsmitglieder
Martin Arnold, Kantonsrat, Oberrieden ZH
Walter E. Böhlen, Niederrohrdorf AG
Walter Jermann, alt Nationalrat, Dittingen BL
Erich Kaufmann, dipl. El.-Ing. HTL, Lachen SZ
Hans Killer, alt Nationalrat, Untersiggenthal AG
Dr. Arthur Loepfe, alt Nationalrat, Appenzell AI
Bruno Pezzatti, Nationalrat, Edlibach ZG

Anschrift / Redaktion
AVES Schweiz
Aarberggasse 56, 3011 Bern
Telefon 041 544 25 44

Internet, Mail
www.aves.ch
info@aves.ch

Druck
Multicolor Print AG
Sihlbruggstrasse 105a, Postfach, 6341 Baar
Auflage: 5'500 Exemplare
Erscheint vierteljährlich

AZB
6341 Baar

aves Mitteilungen

(Ohne redaktionelle Verantwortung. Beiträge erscheinen teilweise in gekürzter Form.)

Thomas Pfisterer in der Aargauer Zeitung vom 20. April 2017

Der Autor ist ehemaliger Bundesrichter und ehemaliger Aargauer Regierungs- und Ständerat (FDP).

Volk muss Behörden zurückbinden

Nach dem Fukushima-Unglück von 2011 hat der Bundesrat unter Führung von Doris Leuthard eine Hauruck-Vorlage für den Atomausstieg präsentiert, innert acht Wochen, übereilt, wohl nach dem Vorbild der deutschen Kanzlerin Merkel. Diese hatte innert drei Tagen mehr als die Hälfte der Kernkraftwerke (KKW) «verboten». Beides war wahltaktisch bestimmt, aber erfolglos: In Baden-Württemberg hat die CDU die Vormacht an Rot-Grün und in der Schweiz die CVP allein im Aargau zwei Nationalrats-Sitze und vier Grossrats-Sitze verloren. Beides war unnötig.

Wir wollen doch nicht einfach Deutschland nachahmen. In der Schweiz stellen Volk und Kantone die grundsätzlichen Weichen – obligatorisch – in der Verfassung. Das haben wir bisher so getan (in den letzten zwanzig Jahren fünf- bzw. achtmal). Hier versuchte Bundesbern die neue Energiepolitik am Volk vorbeizuschmuggeln.

Die Mehrheit in den Behörden hatte Angst vor dem Volk, unterstützt von all den Profiteuren. Sie verteidigen den Honigtopf der Subventionen; bezahlen werden die Privaten und die KMU. Der Bestand der Bundes-subsidien steigt stark (seit 2008 um 30 Prozent, «NZZaS», 9.4.). Dank der Notbremse des Gesetzesreferendums kommt es zum Glück doch zu einem Volksentscheid, wenigstens über das Gesetz.

Unter dem neuen Energiegesetz würden die Nachteile einschneidend wachsen: Der Wegfall der KKW soll eine Lücke von 30 bis 40 Prozent in die nationale

Stromproduktion reissen. Die Schweiz muss deswegen mehr und mehr massiv Strom importieren.

Energie- und Stromsparen können die Lücke – bei allem staatlichen Zwang – nicht wettmachen. Die Landschaft und Ortsbilder drohen durch Wind- und Solaranlagen verunstaltet zu werden. Vorab ist die Versorgungssicherheit gefährdet, nicht nur im Winter. Wind, Sonne usw. können bloss drei bis fünf Prozent (Bundes-Statistik) ersetzen. Deren Produktion ist teuer. Die Kosten sind offensichtlich höher als 40 Fr./Haushalt (Doris Leuthard, az, 30.3.). Zusätzlich kosten ja Leitungen, Speicheranlagen und Reservewerke. Ebenso kosten die Importe.

Die Wirtschaft bezahlt grosse Summen; dies fördert die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Anders als es Frau Leuthard behauptet, ist ihre Lösung: 1. unsicher, weil Wind und Sonne usw. nicht zuverlässig sind (Wetter, Tages- und Jahres-

zeit). 2. nicht sauber, weil wir Kohle- und Gasstrom importieren müssen; das ist ein Rückschritt zum heutigen Klimaschutz. 3. nicht schweizerisch, weil wir Strom aus für uns unkontrollierbaren KKW in Frankreich und dreckigen Kohlekraftwerken in Deutschland importieren müssen. Über Preis, Lieferung, Umfang des Imports entscheidet einseitig die EU-Seite. Ein Strom- und Rahmenabkommen mit der EU liegt in weiter Ferne; jüngst hat die EU die Hürde für den Anschluss an die Kurzfristmärkte gar erhöht.

Ein Nein zum Energiegesetz ermöglicht eine bessere Lösung. Wir haben Zeit (so Doris Leuthard, az, 30.3.), um eine breite Mehrheit aufzubauen, Erfahrungen zu sammeln und die wirklichen Probleme zu beheben, heute, ohne auf 2050 zu verträsten. Vorab ist die Wasserkraft – das «Gold» der Schweiz – zu bewahren (gegen Wind und Sonne usw.), sogar auszubauen. Ja auch zu Wind, Sonne usw., aber mit dem freien Markt, ohne Subventionen; wir stecken das Geld besser in die Bildung.

Zu glauben, dass die Subventionen je auslaufen, ist eine Illusion; die Profiteure werden sich erneut verbünden. Also: Nein, damit die Jungen nicht mit dreckiger Kohle leben und dies noch bezahlen müssen.

- AG** AVES Aargau
Dr. Reto Müller
Wiesenweg 6, 8115 Hüttikon
r_p_mueller@gmx.ch
www.aves-aargau.ch
- BE** AVES Bern
Beat Schauwecker, Fürsprecher
Schulweg 6, 3013 Bern
b.schauwecker@bluewin.ch
info@avesbern.ch
www.avesbern.ch
- BS** AVES Region Basel
- BL** Walter Jermann, alt Nationalrat
Blauenweg 10, 4243 Dittingen
wjermann@bluewin.ch
www.avesbasel.ch
- GL** AVES Glarus
Frank P. Gross
Weid 6, 8754 Netstal
gross-resultate@bluewin.ch
- GR** AVES Graubünden
Hans Geisseler
Kronengasse 6, 7204 Untervaz
hansgeisseler@hotmail.com
www.aves-gr.ch
- LU** AVES Luzern
Markus Alder
avesluzern@gmail.com
www.aves-luzern.jimdo.com
- NW** AVES Nidwalden
Konrad Niederberger
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen
Axel Ziegler
Hauptstrasse 22, 9422 Staad
axel56@windowslive.com
- SH** AVES Schaffhausen
Christian von Burg
info@aves-sh.ch
www.aves-sh.ch
- SO** AVES Solothurn
Postfach 130, 4502 Solothurn
info@aves-so.ch
www.aves-so.ch
- SZ** AVES Schwyz
Hans Gnös
Tannenweg 9, 6410 Goldau
hans_gnos@bluewin.ch
- TG** AVES Thurgau
Armin Menzi
Walzmühlestrasse 10, 8500 Frauenfeld
info@aves-tg.ch
www.aves-tg.ch
- UR** AVES Uri
Marlies Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
zgrazrga@bluewin.ch
- ZG** AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug
info@aves-zug.ch
www.aves-zug.ch
- ZH** AVES Pfannenstil
Dr. Hans R. Moning
Gotthardstrasse 10, 8800 Thalwil
info@aves-zh.ch
hr.moning@moning.com
www.aves-zh.ch
- ZH** AVES Winterthur
Postfach 1545, 8401 Winterthur
info@aves-wt.ch
www.aves-wt.ch
- ZH** AVES Zürich
Martin Arnold
Wengistrasse 7
Postfach, 8026 Zürich
martin.arnold@communicators.ch
www.aves-zuerich.ch